

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Bezugspreis:

Erstausgabe wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post geschickt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einwöchentlich Beleggeld 2.25 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 80 Bsp., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 64.

Vielefeld-Bethel, Sonntag, den 16. März 1919.

Jahrgang 1.

Ohne Glauben ist's unmöglich, Gott zu gefallen; denn wer zu Gott kommen will, der muß glauben, daß er sei und denen, die ihn suchen, ein Vergeltter sein werde.

Hebräer 11, 6.

Was will Gott von unserer Kirche?

Ich glaube an Gott, den Allmächtigen, Schöpfer Himmels und der Erde: so beginnt unser Bekenntnis. Ich glaube an den Dollar, den Allmächtigen, den Schöpfer vor allem auf Erden: so hat man in Amerika dieses Bekenntnis erhöht. Die Jagd nach dem Geld ist die eigentliche Ursache des Weltkrieges. Fürchtbarer als man je gedacht, hat sich der Mammon erhoben. Die Friedenssehnsucht wird von dem internationalen Mammonismus in Blut erstickt. Eine ungeheure Saat des Hasses wird gesät, und ein Netz von Lügen über die ganze Erde gebreitet. Auch bei uns haben wir diesen Wuchergeist, auch bei uns haben wir die Habsucht, auch bei uns das Lügennetz. Nun sehen wir, wie Gott die aufgehäuften Schätze zerrinnen läßt, wie er den Haß der Völker gegen die Säer der Drachensaat lehrt, wie er das Lügennetz zerreißt. Das soll unsere Kirche erkennen und den Mut fassen, gegen diese fürchterlichen Götzen unserer Zeit zu zeugen, und sich zum lebendigen Gott zu bekennen. Damit sie dies könne, muß sie auch bereit sein, auf jede goldene Fessel zu verzichten, sie muß frei werden vom Geld des Staates, frei auch von den Geldern der Reichen. Sonst bleibt ihr der Mund geschlossen und sie verharrt in ihrer Ohnmacht und Einflußlosigkeit.

Der Weltkrieg treibt aus sich die Weltrevolution hervor. In einem Jahr hat Rußland alle Stadien durchgemacht vom Judentum bis zum Maximalismus. Schon brandet diese Revolution nicht nur gegen die Fundamente der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Italien, Frankreich und England, sie droht auch bei uns alle Grundlagen zu unterwühlen. Dieser Sozialismus ist gerade so unbarmherzig wie der Mammonismus, weil er ebenso selbstisch ist, auch da, wo er religiöse Färbung trägt wie in Rußland und England. Er weiß nichts von dem Vater, dessen Kinder wir alle sind, er weiß nichts von wahrer Brüderlichkeit. Wenn der Mammonismus das Gebot der Gottesliebe mit Füßen tritt, so schreit er unbedenklich über die Gebote der Nächstenliebe hinweg. — Ihm gegenüber bekennen wir uns zu dem Gott, dem Vater, und damit auch zu seinen Kindern als unseren Brüdern und Schwestern. Die Kirche muß nicht nur frei sein vom Mammon, sie muß auch frei sein von allen Bindungen des Standes oder der Partei. Wie sie nur eine Taufe kennt, darf sie auch nur ein Begräbnis haben, nicht verschiedene Klassen.

Aber mit dem Bekenntnis zum ersten Artikel, mit der Aufrichtung des Gebotes der Gottes- und Menschenliebe stehen wir erst auf dem Boden des Judentums. Das Judentum, sowohl das fromme als das ideale, nicht nur das mommonistische, erhebt sich gegenwärtig zu einer ungeheuren Macht. Ihre Frömmigkeit und Sittlichkeit beschränkt sich auf diese Welt und das gegenwärtige Leben. Innerhalb dieser Schranken machen sie ernst. Alles, was darüber hinaus weist, lehnen sie ab, die zukünftige Welt, das ewige Leben und den Bringer von beiden, Jesus Christus. Mit dem Judentum kämpfen wir um den zweiten Artikel. Alles, was ihn leugnet, sinkt auf die Stufe des Judentums zurück. Sie leugnen den Sohn Gottes und unseren Herrn, sie leugnen die Empfängnis vom heiligen Geist und die Geburt von der Jungfrau, die Auferstehung und Erhöhung, das Königtum Jesu und sein Gericht. Es bleibt nur: geboren, gelitten, gekreuzigt, gestorben, und für manche Juden auch: niedergefahren zur Hölle.

Dem gegenüber bekennen wir uns mit dem ganzen zweiten Artikel zu dem Gottesohn, unserem Herrn, und wissen, daß wir den Vater nur haben durch den Sohn und die Kraft der Gottes- und Nächstenliebe nur durch die Liebe Gottes in Christo. Der Wille Gottes an seine Gemeinde ist aber nun, daß sie es nicht nur mit dem Munde bekennen, sondern auch durch Werk und Wandel beweisen, nicht lebend auf das Sichtbare, sondern auf das Unsichtbare in dem Bewußtsein, das Sichtbare ist zeitlich, das Unsichtbare ist ewig!

Die Vertreterin des Unsichtbaren gegenüber dem Sichtbaren, des Übernatürlichen gegenüber dem Natürlichen rühmt sich die römische Kirche zu sein. Sie sei die Kirche Christi, an ihrer Spitze der Stellvertreter Christi. Im 19. Jahrhundert ist sie langsam und leise zu ungeheurer Macht emporgestiegen, der Weltkrieg eröffnete ihr die größten Aussichten. In Deutschland hat sie den entscheidenden Einfluß gewonnen, der Jesuitenorden zurückgekehrt. In Österreich ist die Kirche die bestimmende Macht, desgleichen in dem neuerstandenen Königreich Polen, aber nicht minder auch in Zukunft in den Balkanstaaten, in Bulgarien, Rumänien, Serbien, Albanien. Der Zarismus, der große schismatische Feind des Ostens, ist zertrümmert, und die römische Kirche rückt sich, sein Erbe anzutreten. Schon ist in Moskau ein russischer Metropolit eingesetzt. Gleichzeitig arbeitet sie mit Hochdruck auf die Rückkehr Italiens und Frankreichs in den Schoß der Kirche, und die bis jetzt unterdrückten Strömungen sind unter dem Druck gewaltig im Wachsen. Ganz Süd- und Mittelamerika ist von ihr zu einem großen Bund vereinigt, und in Nordamerika wächst sie immer mehr durch die Einwanderung der Italiener und der österreichischen Slaven zu einer gewaltigen Macht heran. So hofft man im Vatikan: die ganze Christenheit in der einen Kirche zu umspannen, welche die Trägerin des Geistes Gottes sei. — Dem gegenüber bekennen wir nicht nur den heiligen Geist und eine heilige, christliche Kirche, sondern vor allen Dingen mit großem Nachdruck die Gemeinde der Heiligen. Nicht nur die Propheten erhalten die Erleuchtung des Geistes wie in Israel, nicht nur die Hierarchie ist die Trägerin des Geistes, wie in der katholischen Kirche, sondern die ganze Gemeinde Jesu Christi, und zwar ist sie es auf Grund der Vergebung der Sünden. Das Andenken der Reformation mahnt uns, unseren evangelischen Glauben zu bekennen, aber es mahnt uns auch, uns in den Dienst der heiligen Geistes zu stellen. Dazu bedarf unsere Kirche einer gründlichen Erneuerung, wirklichen Glaubens, wirkliche Umkehr, wirkliche Leitung durch den Geist Gottes, allgemeines Priestertum, wahrhaftige Gemeinschaft, und wenn darüber die 33 Landeskirchen in Deutschland zerbrächen, eine Volks- und Reichskirche. Dafür sollen wir arbeiten. Alles, was unabhängig vom Staat, selbständig aus dem christlichen Glauben und der christlichen Liebe erwachsen ist, an innerer und äußerer Mission, an sozialer und öffentlicher Arbeit, das alles sind Bausteine für die kommende evangelische Volkskirche.

Wie sie vom Heidentum und Judentum und vom Katholizismus frei sein muß, so muß sie auch frei sein vom Anglikanismus. Denn das ist die letzte große Gefahr, die uns vor dem Kriege bedrohte. Nicht nur Vermischung von Menschlichem und Göttlichem, Weltlichem und Geistlichem, sondern Herabziehen des Göttlichen ins Menschliche, Dienstbarmachung des Geistlichen für das Weltliche. Davor bewahrt uns nicht nur die Rückschau, sondern der Vorblick. Wir sehen nicht nur zurück auf die Vergebung der Sünden, wir sehen vorwärts auf das ewige Leben, und wir wissen, daß das Reich Gottes nicht von dieser Welt ist, und daß es deshalb auch nicht mit den Waffen der Welt ausgerichtet wird, sonst müßten wir ja Mohammedaner werden. Nicht von dieser Welt und auch nicht für diese Welt bloß, sondern in dieser Welt soll unsere Kirche Führerin unseres Volkes, und so weit es Gott ihr schenkt, auch anderen Völkern zum ewigen Leben sein. Das ist der Wille Gottes.

D. Jaeger.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Über dieses Thema schreibt die „Freiheit“:

Mitte Februar hatte die Sozialisierungskommission der Reichsregierung einen vorläufigen Bericht über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues mit der Bitte unterbreitet, ihn sofort zu veröffentlichen. Dieser Bitte ist die Regierung erst jetzt nachgekommen. Sie steht aber davon ab, der Öffentlichkeit den Bericht vollständig zu unterbreiten und begnügt sich mit der Verbreitung eines nicht immer ganz einwandfreien Auszuges.

Der Bericht der Kommission zerfällt in zwei Hauptteile, in den Bericht der Kommission mehrheitlich und in den Bericht der Kommission minderheitlich. Daneben enthält er eine Einleitung, sowie einen Bericht über die

Gestaltung des Arbeitsverhältnisses und der Lohnfragen, die von der Mehrheit und Minderheit gemeinsam abgefaßt worden sind. Der Kommission gehören an die Professoren Ballod, Franke, Lederer, Schumpeter, Wilbrandt und Dr. Vogelstein, ferner Paul Umbreit, Hue, Cunow, Hilserding und Kautsky.

Der erst nach dem Ausbruch des Generalstreiks von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Sozialisierung will lediglich die Verstaatlichung des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats und die Preisfestsetzung durch das Reich. Die Befugnisse der Regierung bei dieser Verstaatlichung des Kohlenyndikats soll einem Reichs-Kohlenrat übertragen werden, bei dem neben den Arbeitern und Vertretern der Regierung auch die Unternehmer beteiligt sein sollen.

Im Gegensatz zu diesem Entwurf der Regierung, der nicht einmal eine völlige Verstaatlichung im bisher schon bekannten Sinne darstellt — die Unternehmer sollen nicht ausgeschaltet werden —, bedeutet der Vorschlag der Sozialisierungskommission einen völligen Bruch mit dem Staatskapitalismus und jeglichem Fiskalismus. Die Kommission spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die gegenwärtige Organisation des Staatsbergbaues aus, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entspreche. Sie ist einstimmig der Auffassung, daß die ganzen Behördenorganisationen schwere Hindernisse für eine wirtschaftliche Ausnutzung der Bergwerke bedeuten. Deshalb lehnt die Kommission jede Ausdehnung des staatlichen Betriebes als unwirtschaftlich ab. Der Wettbewerb zwischen Staatsbetrieb und Privatbetrieb habe gezeigt, daß die Bureaucratie mit der Privatindustrie auf wirtschaftlichem Gebiete nicht konkurrieren könne. Außerdem vertritt auch die Kommission die Auffassung, daß eine einfache Verstaatlichung durchaus nicht als eine Sozialisierung betrachtet werden könne.

Ist die Kommission in diesen Feststellungen durchaus einig, so gehen die Meinungen über das Maß und die Form der Sozialisierung, die gegenwärtig in Vorschlag zu bringen seien, auseinander. Hier scheidet sich die Kommission in eine Mehrheit und eine Minderheit. Es ist bemerkenswert, daß die Minderheit nur aus Professor Franke und Dr. Vogelstein besteht. Kautsky, der während der Abfassung des Berichts von Berlin abwesend war, hat sich nachträglich mit dem Mehrheitsbericht einverstanden erklärt.

Der Bericht der Mehrheit beantwortet eine sehr weitgehende Sozialisierung. Ihr Vorschlag geht von dem Grundgedanken aus, daß das deutsche Wirtschaftsleben eines neuen Aufbaues bedürfe und daß man die schwere Krise, in die uns der Krieg gestürzt hat, nur durch planmäßige Maßnahmen überwinden könne.

Der Mehrheitsbericht weist den Vorschlag durch Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte den Wiederaufbau der Wirtschaft zu betreiben, ab. Der Gedanke, daß die Herrschaftsperiode des privaten Kapitals zu Ende sein müsse, der Gedanke des Sozialismus in den mannigfaltigen und, wie gegeben sei, auch in verschobenen Formen, erfüllt die Köpfe. Auch eine freie kapitalistische Wirtschaft muß mit dieser Tatsache rechnen und an dem Widerstande der Arbeiterchaft, an ihre Ablehnung, in privaten Betrieben für den Gewinn der Unternehmer zu arbeiten, würde eine Epoche freier Konkurrenz scheitern.

Aber auch einen anderen Weg: den der Organisation des Kapitals zum Staatskapitalismus und Staatskartell, weist der Mehrheitsbericht als unökonomisch und politisch unmöglich zurück.

Deshalb bleibt nach Auffassung der Kommission nur die dritte Möglichkeit, nämlich die Sozialisierung, die sich „bei aller Berücksichtigung der gegenwärtigen schwierigen Lage entschlossen auf den Boden des sozialistischen Prinzips stellt“. Diese Sozialisierung kann nur „von unten her unter Mitwirkung der Arbeiterchaft“ erfolgen, denn diese sei sich ihrer Unentbehrlichkeit für den Arbeitsprozeß mit größter Deutlichkeit bewußt geworden. Das bringt freilich, wie die Mehrheit der Kommission zugibt, die Gefahr, daß die Arbeiterchaft jedes Betriebes den Besitz an den Produktionsmitteln beansprucht. Demgegenüber betont aber die Kommission ausdrücklich die Notwendigkeit einheitlichen Vorgehens. Die Wünsche der Arbeiter gehen

dahin, zu verlangen: Demokratie in den Betrieben mit einheitlicher Leitung der ganzen Industrie, das Kapital als herrschende Macht auszuschalten und Aufbau der Unternehmungs- und Wirtschaftstätigkeit auf den schaffenden Persönlichkeiten. Dies aber bedeutet die Sozialisierung. Deshalb schlägt auch die Mehrheit der Kommission die völlige Vergesellschaftung des Kohlenbergbaues unter Ablehnung aller Kompromisse vor.

Die Kommission ist ferner der Meinung, daß gerade die Schwierigkeit der Wirtschaftslage einen klaren, festen Entschluß fordern und empfiehlt daher unter Ablehnung aller Kompromisse eine Lösung, in der die sozialistische Idee schon heute in einer Form realisiert wird, welche dem Höchsten unserer organisatorischen Entwicklung entspricht.

Der Plan der Kommissionsmehrheit zeigt deshalb folgende leitende Gesichtspunkte: Der gesamte deutsche Kohlenbergbau soll zu einem einheitlichen Leistungsfähigen Wirtschaftskörper umgeformt werden. Die privaten Unternehmungen ebenso wie die des Staates gehen in das Eigentum des Wirtschaftskörpers über. Es entsteht eine große gemeinschaftliche Kohlenorganisation, deren Geschäfte durch Arbeiterkraft, Betriebsleitungen und die Allgemeinheit geführt werden.

Die Kommission lehnt es ab, den Kohlenbergbau in einen bürokratischen Staatsbetrieb zu überführen. Ebenso lehnt sie ab, das privatkapitalistische System zu erhalten und es lediglich einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen. Vielmehr soll nach ihren Vorschlägen die Organisation so gestaltet werden, daß der Initiative der Leitung, der Arbeitsfreudigkeit aller in dem Betriebe Tätigen der weiteste Spielraum gegeben wird. Die Organisation würde also nicht nur die Kräfte frei zur Entfaltung bringen, welche die reichen Ergebnisse des privatkapitalistischen Systems zeitigten, sondern auch die innere Anteilnahme des letzten Arbeiters am Erfolg des gemeinsamen Werkes wecken und damit das Prinzip des Sozialismus verwirklichen.

Die Nationalversammlung.

Die Kohlenverstaatlichung und das Sozialisierungs-gesetz angenommen.

Die Nationalversammlung hat ihre Arbeiten in Weimar vorläufig abgebrochen. Die Reichsregierung hat ihren Sitz wieder nach Berlin verlegt. Die Verhandlungen über das Kohlenverstaatlichungsgesetz wurden zeitweilig noch etwas lebhafter.

Abg. Weglich (Deutschnatl.): Das Gesetz ist für uns unannehmbar. Die Sachverständigen haben der Kommission einstimmig erklärt, daß das Gesetz verfehlt für das ganze Wirtschaftsleben sein wird.

Reichswirtschaftsminister Wissell: Wir denken nicht daran, den Kleinhandel für Kohle zu beseitigen. Die Festsetzung der Preise wird nicht durch die Regierung selbst erfolgen, sondern unter Regelung der Preise im Sinne des Gesetzes ist gemeint, daß die Regierung Grundzüge über die Art der Preisregelung durch die Syndikate usw. aufstellt.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen werden die §§ 1 und 2 unverändert angenommen, ebenso § 3, der die Zusammensetzung des Sachverständigenrates von 50 Mitgliedern bestimmt, sowie die übrigen Teile des Gesetzes.

Der Familienabend des Jugendvereins.

Von Rektor H. Beckmann, Bielefeld.

3.

Die Heranbildung einer sittlich tüchtigen Jugend gehört nach dem denkwürdigen Ministerialerlaß auch zur Aufgabe der Jugendpflege. Wenn der Familienabend gut vorbereitet ist, indem die Mitglieder des Vereins fleißig und treu geübt haben, so dient das den Jugendlichen zur Selbsterziehung. Es kommt ihnen das Dichterwort zum Bewußtsein: Schaffen und Streben allein nur ist Leben. An dem Abend selber muß alles in rechter Zucht und Ordnung verlaufen. Die jungen Leute sind in ihrem ganzen Verhalten anständig und sitzhaft, sowohl beim Kommen und Gehen, wie beim Singen und Spielen, beim Turnen und Vortragen. Man muß am Familienabend merken, daß die Jugendlichen in ihrem Verhalten zu anderen den Ansprüchen des Anstandes, der guten Sitte und der Sittlichkeit entsprechen. Das Vereinsleben weckt und entwickelt in den Jugendlichen das Gefühl von Gut und Böse, nicht durch lange Moralpredigten, sondern durch das Vorbild und durch das, was im Verein getrieben wird. Der Familienabend wird in etwa zeigen, ob die mitwirkende Jugend bemüht ist, ihr Leben und ihr Verhalten nach inneren Beweggründen, nach ethischen oder religiösen Grundsätzen zu regeln oder nicht.

Die wichtigste staatsbürgerliche Tugend ist der Gemeinnutz. Davon soll unsere Jugend nach dem Ministerialerlaß erfüllt sein. Alle erspriessliche Arbeit in einer Jugendvereinigung pflegt den Gemeinnutz. Der geschickte Vereinsleiter gibt möglichst jedem Gelegenheit, für den anderen etwas zu tun. Besonders am Familienabend werden alle Vereinsmitglieder, die älteren und die jüngeren, zur Mitarbeit herangezogen. Alle müssen zum Gelingen des Abends beitragen, und wenn jemand auch nur einen Stuhl heranholt oder ein Turngerät aufstellt oder fortischt. Unter den Mitwirkenden verläuft alles nach der Lösung: Einer für alle und alle für einen! Das wird den Jugendlichen um so leichter, je mehr die kameradschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen gepflegt werden. Jeder weiß, wie störend es wirkt und wie wenig geleistet werden kann, wenn Mitglieder der Gesangs- oder Turnabteilung unregelmäßig oder unpünktlich erscheinen. Die Schuld der Summe ist es, wenn am Familienabend

Abg. Zuewoll (U. Soz.) begründet einen Abänderungsantrag zu der eingebrachten Resolution und wendet sich gegen die Politik der Gewerkschaften im Kriege.

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt und die Entschließung des Ausschusses angenommen.

In sofortiger dritter Lesung wird das

Gesetz über die Kohlenwirtschaft

gegen die Stimmen der Unabhängigen und des größten Teiles der Rechten angenommen.

Das

Sozialisierungs-gesetz

wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Eingegangen ist eine Interpellation des Zentrums über Schutzmaßnahmen für den durch den Krieg in Not geratenen Mittelstand und für das Kleinvermögen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Hierauf gibt der Ministerpräsident Scheidemann folgende Erklärung ab: Pressenachrichten zufolge wird von französischer Seite in den besetzten Gebieten eine überaus rege Propaganda betrieben, die auf eine

Vorbereitung rheinischer Gebietsteile vom Reich hinführt. (Hört! hört!) Wir wissen, daß diese Werbemittel an der Treue der Bevölkerung zum Reich scheitern wird. (Sehr wahr!) Trotzdem sind die Gefahren, die unserem Lande aus diesen Bestrebungen erwachsen, nicht zu verkennen. (Sehr richtig!) Nach dem heutigen Stande der Dinge sind wir der Ansicht, daß jede staatsrechtliche Umgestaltung vor Friedensschluß geeignet ist, die nationale Einheit unseres Vaterlandes zu bedrohen. (Allseitige Zustimmung.) Angesichts der gespannten Sachlage habe ich im Namen der Reichsregierung zu erklären:

Die Reichsregierung sieht in jedem Versuch der Vorbereitung links- und rechtsrheinischer Lande einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Vorstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip und eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlich fühlenden deutschen Volkes.

(Lebhafter Beifall.) Die Regierung weiß sich darin völlig einig mit der heiligen Ueberzeugung der gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit den eigennütigen Bestrebungen einzelner interessierter Personen. (Allseitige Zustimmung.)

Die rheinische Bevölkerung ist deutsch und wird deutsch bleiben.

(Stürmischer Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses der rheinischen Lande zum Reich ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. (Sehr richtig!) Die Reichsregierung und die Nationalversammlung widmen ihr die ernsteste Beachtung. Eine endgültige Lösung kann erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen. (Lebhafter Beifall.)

Es ist eine Entschließung der Abgg. Voewe, Groeber, Bayer, Graf Posadowsky, Dr. Heineke und Haase eingegangen:

Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und ersucht die Reichsregierung, diese Erklärung allgemein bekannt zu machen.

Diese Entschließung wird einstimmig angenommen. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

nicht alles gelingt. Zum Gemeinnutz erzieht schon das Vereinsleben von selber, der Familienabend ganz besonders.

Unsere Jugend soll auch von der rechten Gottesfurcht erfüllt sein. Im Verein halten wir alles fern, was in den jugendlichen Gemütern die Ehrfurcht vor Gott beeinträchtigen könnte. Das Gefühl der Abhängigkeit von Gott wird sorgfältig gepflegt. Die Familienabende können zur Gottesfurcht leiten, wenn die von herzlicher Liebe zu ihrem Gott und Heiland erfüllten Männer und Frauen in der rechten Weise Gottes Vorlesung und Leitung der Menschenschicksale, das Leben und Wirken frommer Persönlichkeiten durch kurze Ansprachen der Jugend anschaulich vor die Seele stellen. Besonders stärkt das Singen geistlicher Lieder die Überzeugung von Gottes Heiligkeit und weckt das Bestreben, Gottes Willen zu erfüllen. Auf die Erziehung zur Gottesfurcht muß dort um so mehr Rücksicht genommen werden, wo unter dem gesteigerten Erwerbs- und Genußleben unserer Zeit das religiöse Leben zu verkümmern droht. Nur darf die Jugend mit religiösen Stoffen nicht überfüllt werden. Es ist verfehlt, wenn der Jungfrauenverein an seinen Familienabenden nur geistliche Lieder und erbauliche Vorträge gelten läßt. Einen großen Fehler macht aber auch der Turnverein, der an seinem Abend nur turnt, tanzt und trinkt. Junge Mädchen tragen am Familienabend gern solche Gebichte vor, die auf einen religiösen Ton gestimmt sind, wie die Dichtungen von Karl Gerok und von der beliebten Dichterin Teesche.

Schließlich soll die Jugend durch unsere Pflege auch zur Heimat- und Vaterlandsliebe erzogen werden. Die Anfänge der Vaterlandsliebe liegen in der Liebe zur Heimat. Ehe jemand seinen geschichtlich gewordenen Staat, dem er als Bürger angehört, recht lieben kann, muß ihm seine nächste Heimat, mit dem trauten Vaterhause und seiner Umgebung, mit dem Gotteshause und Schulhause, mit Feld, Wald und Wiese, mit den bekannten Menschen in der Verwandtschaft und Freundschaft lieb geworden sein. Die Erziehung der Jugend zur Vaterlandsliebe hat mit der Pflege der Heimatliebe zu beginnen. Es werden Wanderungen gemacht, nicht nur in der Phantasie, indem Lichtbilder vortragen, Land und Leute der weiteren Umgebung, besonders die Vorgänge des Vaterlandes geschildert werden. Von der Liebe zum Vaterlande kann die Jugend nur dann erfüllt sein, wenn sie seine Geschichte in seinen Hauptzügen mit ihren leitenden Persönlichkeiten kennt.

Präsident Gehrmann: Wir sind damit am Ende unserer Arbeit angelangt. Wenn draußen hier, und da Etymen laut geworden sind, die Nationalversammlung rede zu viel, so kann einem ja manchmal dieses Gefühl ankommen. (Gelächter.) Aber wir haben in den letzten Wochen doch der Redelust Flügel angelegt, und wenn das in Zukunft noch mehr geschieht, so wäre das freudig zu begrüßen. (Zustimmung.)

Nächste Sitzung Dienstag, 25. März, 3 Uhr. — Im Bedarfsfalle wird eine frühere Einberufung erfolgen.

Preuß. Nationalversammlung

1. Sitzung, Donnerstag, den 13. März 1919.

Das Haus ist gut besetzt.

Um 1/3 Uhr treten die Mitglieder der vorläufigen Regierung: Hirsch, Ernst, Fischel, Hoff, Braun, Südekum, Haenisch und Gähre in den Saal. Während die anderen an den Regierungstischen Platz nehmen, tritt der

Ministerpräsident Hirsch

an das Rednerpult und begrüßt die Versammlung mit einer Ansprache.

Er weist auf die veränderten Verhältnisse hin. An die Stelle des Drei-Klassen-Wahlrechts ist ein durchaus demokratisches Wahlrecht getreten. Das Volk ist nun berufen, sein Geschick selbst in die Hand zu nehmen. (Zurufe der U. Soz.: Belagerungszustand, Handgranaten!) Unbeirrt durch verbrecherischen Terror auf der einen und reaktionäre Gelfüste auf der anderen Seite soll die Landesversammlung den richtigen Weg finden. Der Redner gedenkt dann der vergangenen Zeiten, in der die Reaktionen dazu beitrugen, daß die breiten Massen den Glauben an die Gerechtigkeit verloren. Große Aufgaben hat die Landesversammlung zu lösen. Allen Lösungsgelüsten muß entgegengetreten werden. Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen! Beifall.)

Darauf übernimmt der Alterspräsident Abg. Gerold (Zentr.), der im Jahre 1848 geboren ist, die Leitung der Versammlung und begrüßt die Erschienenen, besonders die Frauen. Als Schriftführer beruft er Frau Hanna und die Abg. Specht, Meyer-Frankfurt und Graef-Anklam. Es sind bereits 340 Mitglieder angemeldet. Die Versammlung ist also beschlußfähig. Ein Antrag Gerold setzt die bisherige Geschäftsordnung im großen und ganzen als maßgebend fest. Einige Erleichterungen sind vorgesehen bei der Stellung von Anträgen.

Eingegangen ist das Gesetz über die vorläufige Verfassung und ein Antrag Hoffmann (U. Soz.) auf Aufhebung des Standrechts in Berlin.

Der Alterspräsident schlägt vor, die nächste Sitzung Freitag nachmittag um 3 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Antrag zur Geschäftsordnung, Wahl des Präsidiums, vorläufige Verfassung.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) beantragt außerdem noch seinen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, damit dem Morben in Berlin Einhalt getan wird. (Unruhe.) Wir dürfen keine Stunde mehr warten. (Zurufe der Soz.: Ihre Schuld.)

Abg. Gerold (D. natl.): Es ist viel unschuldiger Blut in Berlin vergossen worden. Es fragt sich nur, durch wessen Schuld. (Zustimmung.)

Abg. Reinert (Soz.): Es wird gut sein, wenn endlich festgestellt wird, wer die Schuld an diesen Vorgängen trägt.

Nach weiterer Geschäftsordnungssprache wird beschlossen, die Frage des Belagerungszustandes auf die Tagesordnung zu setzen. Schluß 4 Uhr.

Ein Held der Geschichte steht im Mittelpunkt des Abends, besonders an vaterländischen Gedenktagen. Auch die Bekanntheit mit den deutschen Denkern und Dichtern ist sehr bildend, nicht minder interessierend die Helden des Alltags, die Helden der Arbeit unter den Männern und Frauen. Für nichts kann sich die Jugend mehr begeistern als für das Heldentum. Phantasiehaft beteiligt sie sich an den Handlungen der Helden, die ihr durch Wort und Bild vor das geistige Auge gerückt werden. Wie die vorgestellten Helden es getan haben, so wählt die Jugend zwischen Gut und Böse, zwischen Schön und Häßlich. Es findet gleichsam ein idealer Verkehr zwischen den Helden und der Jugend statt.

Sehr wichtig ist es auch, daß für den Familienabend ein zugkräftiger Redner gewonnen wird, der über ein Thema zu sprechen hat, das in den Rahmen des betreffenden Programms paßt. Nur darf man nicht meinen, es müßte viel und lange geredet werden. Je länger die Reden sind, desto weniger Gelegenheit bietet sich den jungen Leuten zur Selbstbetätigung, die auf dem Gebiete der Jugendpflege den besten Erfolg verbürgt. Eine kurze, passende Ansprache ist in der Regel zweckmäßiger, als ein regelrechter Vortrag mit Einleitung, Abhandlung und Schluß. Der Jugendliche ist kein Freund von langen Reden. Selbst die Hörer im reiferen Alter können sich dafür nicht erwärmen, zumal des Abends nicht, wenn sie müde sind.

Die Vortragsfolge des Familienabends darf keine Sammlung von zufällig aneinandergereihten Dingen sein. Durch die Hauptsaaten muß sich wenigstens ein einheitlicher Faden ziehen. Wenn ich den alten Pastor v. Bodenschwing hat, er möchte am Familienabend des Junglingsvereins das Schlußwort sprechen, so fragte er mich immer, worauf es mir an dem Abend besonders ankäme. Trotz seiner großen Arbeitslast kam er gern. Aber der praktische und kluge Mann wollte für seine Ansprache ein bestimmtes Ziel haben. Dieser Bahnbrecher im Kampf gegen die sozialen und sittlichen Nöte des deutschen Volkes hatte ja so viele Herzensanliegen. Doch ließ er sich nicht verleiten, über dieses und jenes zu sprechen, sondern er berichtete stets etwas, wodurch die übrigen Darbietungen des Familienabends belebt, ergänzt und vertieft wurden. So handelte zielbewußte Persönlichkeiten. Leiter oder Leiterin der Jugend kann nur der mit Erfolg sein, der weiß, was er will, und will, was er will. Der Jugendpfleger muß nicht allein wissen, was er will, sondern auch wie und wo er es will.

und damit am
draußen hier.
National-
kann einem ja
terfeit.) Aber
der Redefrei-
kunft noch mehr
begreifen. (Zu-

3 Uhr.
änderung er.

Versammlung

März 1919.

der vorläufigen
f, Braun, Süde-
l. Während die
ng nahmen. tritt

Versammlung

Verhältnisse hin-
unrechts ist ein-
eten. Das Volk
ie Hand zu neh-
szustand, Hand-
chen Terror auf
er anderen Seite
gen Weg finden.
ungen Zeiten,
daß die breiten
igkeit verloren.
mmung zu lä-
entgegengetreten
bebe das neue

präsident Abg.
geboren ist, die
t die Erschei-
sführer beruft er
Meyer-Frankfurt
Mitglieder an-
o beschlußfähig.
ge Geschäftsord-
maßgebend fest.
n bei der Stel-

die vorläufige
t (U. Soz.) auf
e nächste Sitzung
n mit der Tages-
Wahl des Prä-

eantragt außer-
gesonderte Ein-
halt getan
unde mehr war-
(d.)

iel unschuldiges
fragt sich nur,

gut sein, wenn
gut an diesen

ausprache wird
szustandes auf

unft des Abends
n. Auch die Be-
Dichtern ist sehr
eben des Alltags,
n un Frauen. Für
tern als für das
sich an den Hand-
und Bild vor das
geführten Helten
zwischen Gut und
und gleichsam ein
der Jugend statt
familienabend ein
über ein Thema
betroffenden Pro-
en, es müßte viel
Neden sind, desto
ngen Leuten zur
Jugendpflege
adende Ansprache
gekrehter Vortrag
Der jugendliche
st die Hörer im
erwärmen, zumal

nds darf keine
ten Dingen sein.
ein einheitlicher
v. Bolschewich
Jünglingsvereins
immer, worauf
me. Trotz seiner
er praktische und
ein bestimmtes
mpf gegen die so-
Volkes hatte ja so
nicht verleiten,
er berichtete stets
den des Familien-
den. So handelte
er Leiterin der
er weiß, was er
pflieger muß nicht
wie und wo zu

Zweite Sitzung Freitag, den 14. März 1919.

Die preussische Landesversammlung.

Die auch Freitag noch unter militärischem Schutz tagte, leidet noch immer erheblich an den Verkehrsbeschwerden. So hat eine Anzahl von Mitgliedern wegen Verkehrsbeschwerden und mangels von Bahnverbindungen von Oberschlesien und Ostpreußen Berlin bisher nicht erreichen können. Es sind bereits zahlreiche Anträge von Mitgliedern aus dem Hause einge-
gangen, darunter ein Antrag wegen Neuordnung des Beamtenwesens betr. das Beurlaubungsrecht und den Erlass einer Amnestie, die Wiederaufrichtung des Mittelstandes, die geistliche Schulaufsicht usw.

In einer kurzen, heftigen Debatte, so wie sie sich in aufgeregten Geschäftsordnungssachen zu entwickeln pflegt, wurde der Antrag Herold, Wahl eines dritten Vizepräsidenten, im Himmelssturm mit 180 gegen 165 Stimmen abgelehnt.

Leinert Präsident.

Durch Zuruf wird dann der Abg. Leinert (Soz.) zum Präsidenten gewählt. Er übernahm das Präsidium und teilte mit:

Der Zentralrat, der sein Mandat aus der Revoluton erhalten hat, übergibt es der Landesversammlung. Dant schulden wir nicht nur dem Zentralrat, sondern auch der vorläufigen Regierung für ihre pflichtgemäße Arbeit. (Beifall.) Noch ist der Friede nicht geschlossen. Möge er bald kommen und uns über die Ernährungsschwierigkeiten und die Arbeitslosigkeit hinwegbringen und neue Wege zur Höhe eröffnen. (Beifall.)

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Friedberg werden durch Zuruf zum ersten und zweiten Vizepräsidenten die Abgg. Dr. Forst (Zentr.) und Dr. Frenkel (Dem.) gewählt. Es folgt die Wahl der Schriftführer und der Ausschüsse.

Zur Verhandlung steht dann der Antrag der Unabhängigen auf Befestigung des

Belagerungszustandes und des Standrechts in Berlin.

Justizminister Heine: Die Antragsteller wollen uns eine Blutschuld vor dem ganzen Lande aufbürden. (Zuruf: Die müßt ihr selbst abgeben!) In dem furchtbaren Kriege durch 4 Jahre hindurch hat unser tapferes Heer die Verwundungen im Innern abgewehrt; dafür tragen jetzt im Bürgerkrieg im Innern die Maschinenengewehre (Zuruf links: dank Ihrer Verbrechenpolitik!) die Regierung hat den Belagerungszustand angeordnet und steht heute fest und einmütig zu ihrem Beschluß; sie wird ihn auch nicht aufheben oder einschränken, so lange der Friede in Groß-Berlin nicht wiederhergestellt ist. (Lebhafter Beifall bei der großen Mehrheit. — Stürmische Psuifufe bei den U. Soz.)

Die Säuberung Lichtnerbergs.

Lichtnerberg, dem schlimmsten der bolschewistischen Nester in Groß-Berlin, der östliche Vorort der Reichshauptstadt, ist von den Rote-Truppen besetzt worden, nachdem die Spartakisten sich ange-
sichts der erdrückenden Uebermacht in bester Manier ge-
lückt hatten.

Am Donnerstag hatte es noch einmal eine stam-
me Schießerei mit verletzten, anfangs nicht zu ent-
bedenden Maschinengewehren gegeben.

Gasanstalt und Wasserwerk in Lichtnerberg haben ihren Betrieb wieder in vollem Umfang aufgenommen, dagegen dürfte infolge Zerstörung der Lichtner-
berger Telefonanlagen die Wiederaufnahme des Fern-
sprechverkehrs noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die Häuser werden scharf auf Waffen durchsucht.

In der Freitag Nacht wurde in Schmargendorf, im Südwesten der Stadt, wo ein erheblicher Teil des russischen Umsturzesinfels aus den „intellektuellen“ Schichten haust, eine Schießerei nebst Handgranaten-
feuer veranstaltet, man nimmt jedoch an, daß es sich um Kartoffelkräuter handelte, die sich durch die Bürger-
wehr bedroht fühlten.

Sonderbare Kontrollmaßnahmen.

Selbst in der ärgsten Zeit der Spionageverfol-
gung des alten preussischen Militär-Regiments war
man beim Passieren der Straßen usw. nicht derarti-
gen Scherereien ausgesetzt. Das System, mit dessen
Hilfe man die e Leutungen der Bürger ausführt,
in russisch. Alles Erdenfliche wird einfach abgesperrt.
Aber auch hindurch will, braucht sich nur bei der Kom-
mandantur einen Ausweis zu holen, dann kann er
ungehindert passieren. Bei der Kommandantur „steht“
das Publikum also „Schlange“ und erhält fast ganz
ohne Legitimationsprüfung den Ausweis. Infolge-
dessen sind natürlich die Spartakisten mit Ausweisen
versehen, während der Bürger sich über dieses un-
realle System ärgern muß.

Berlin ohne Telefon.

Den Fernsprechverkehr hat man stillgelegt. Da
andere Gründe nicht angegeben werden, offenbar in
dem Glauben, damit die spartakistische Nachrichtenüber-
mittlung unterbinden zu können. Natürlich denken
die Spartakisten gar nicht daran, sich dadurch beein-
flussen zu lassen. Aber das ganze Wirtschaftsleben lei-
det in geradezu grenzenloser Weise. Früher hatten
die maßgebenden Stellen für diese Not wenigstens
einiges Verständnis gehabt, jetzt denkt man gar nicht
an Entgegenkommen; jetzt nicht, da das Wirtschafts-
leben am Ende seiner Kräfte ist, jetzt, da wir eine
„freiheitliche“ Regierung haben.

Das Plünderungs-Gebiet

Im Berliner Osten, im Zentrum und im Süden, das
in der vorigen Woche vom Böbel so böß heimgesucht
worden ist, der einen Schaden verursacht hat, an den
die Steuerzahler der zum Schadenersatz verpflichteten
Stadt noch lange denken werden, hat Szenen dieser
Art schon einmal gesehen. Damals, im Winter 1889,
waren es die sogenannten Arbeitslosen, die an meh-
reren Abenden die Straßen durchzogen und sich mit
Gewalt Zutritt in die Läden verschafften und stahlen,
was nicht nützlich und nagefest war. Natürlich waren es
nicht ernsthaft Arbeiter, sondern der Bodensatz der
größtenteils Verblödeten, der alle Scham und Scheu
bei Seite setzte. Vor dreißig Jahren gingen diese
Horben so raffiniert vor, daß sie ganze Straßenzüge

systematisch geplündert, bevor sie ihre Plünderungen
begannen, so daß niemand fortzulaufen und Hilfe herbei-
holen konnte. Die schärfsten Strafen wurden damals
verhängt und werden auch heute nicht ausbleiben dür-
fen, wenn keine Wiederholung dieser Szenen bei der
herrschenden Verwilderung eintreten soll.

Deutsches Reich.

Flugdienst Berlin-Augsburg-München.

Neuerdings wurde der Luftverkehr Berlin-Augs-
burg-München eröffnet. Vorläufig werden die Fern-
flüge nur auf Bestellung ausgeführt. Von Ende
März soll der regelmäßige Flugverkehr beginnen, der
bis zum täglichen Flugdienst Berlin-Augsburg-Mün-
chen ausgebaut werden soll. Dabei ist auch die Mit-
nahme von Post vorgesehen. Die Kosten für den
Passagier betragen 2,50 Mark pro Kilometer (weit
über 1000 Mark für die Strecke). Die Dauer des
Fluges Berlin-Augsburg soll vier Stunden betragen,
je nach den Witterungsverhältnissen. Der erste Flug
war durch schwere atmosphärische Strömungen beein-
flußt. Der Abflug erfolgte früh 8.15 Uhr in Go-
hannisthal, die Ankunft nach einer Zwischenlandung
in Gotha um 3.20 Uhr nachmittags, dauerte also
nicht 4, sondern 7 Stunden. Ein wenig verheißungs-
voller Anfang! Der Generaldirektor Kumpfer soll
mit der Konstitution eines großen Flugzeuges be-
schäftigt sein, welches für den Dienst mit Amerika
bestimmt sein soll. — Solche Pläne begen auch noch
andere Techniker.

Wahlen im Lande. Bei den Landtagswahlen
in Sachsen-Weimar erhielten: Demokratische Partei
34 335, Deutschnationale Volkspartei 29 237, Sozialde-
mokratische Partei 61 733, Deutsche Volkspartei 6268,
die Unabhängigen 14 963, das Zentrum 4411 Stimmen.
Von den 42 Mandaten dürften den bürgerlichen Par-
teien die gute Hälfte ausfallen. — In Meiningen
sind voraussichtlich gewählt: 13 Mehrheitssozialisten,
3 Demokraten, 3 Deutschnationale Volkspartei, zwei
Bauernbündler und zwei Unabhängige. — In Wal-
deck: 5 Deutschnationale, 5 Mehrheitssozialisten, 3 De-
mokraten, 2 Mitglieder der Volkspartei und 2 des
Volksbundes.

Die Frankfurter Universität, die f. St. nach
langem Widerspruch des Staates aus Mitteln der
Frankfurter Börsen-Kreditkassette begründet worden ist,
beschäftigt sich jetzt mit der Frage, ob sich bei Ueber-
nahme der in Straßburg frei gewordenen Lehr-
kräfte die Mittel für die Gründung einer theolo-
gischen Fakultät aufbringen lassen.

Das Ende der Börsenblockade?

Der Korrespondent der „Associated Press“ in Pa-
ris erzählt, daß die finanzielle Blockade, welche die
Alliierten gegen Deutschland aufrechterhalten haben,
und wonach jede Bank oder jeder Bankier im neu-
tralen Ausland auf die schwarze Liste gesetzt wurde,
welche finanzielle Geschäfte mit Deutschland macht,
bei den jetzigen Brüsseler Verhandlungen aufgehoben
wird. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit für
Deutschland, im neutralen Ausland Geld zu leihen,
besonders in den skandinavischen Ländern. Deutsch-
land werde dort Gelegenheit haben, zu verhältnis-
mäßig günstigen Bedingungen seine Geldbedürfnisse
zu befriedigen.

Das Ende der Fideikommissionen will die preussische
Regierung über den Kopf des Parlaments hin-
weg herbeiführen. Am gleichen Tage, an dem die
preussische Landesversammlung zusammentrat, veröf-
fentlichte der „Staatsanzeiger“ die schon angekün-
digte Verordnung über die Familiengüter vom 10. 3.,
die das Ende der preussischen Fideikommissionen bedeu-
tet. Das radikal-liberale „Berl. Tagebl.“ schreibt dazu:
„Noch mehr als bei den Verordnungen über die
Auflösung und Neuwahl der Gemeindevertretungen
und der Kreistage wird man in diesem Falle mit
den formalen Bedenken nicht zurückhalten können, daß
damit die konstituierende preussische Versammlung vor
eine vollendete Tatsache gestellt wird.“

Zur Wendenfrage hat sich dieser Tage der
sächsische Minister Dr. Gradnauer in der Dresdener
Volkskammer ausgesprochen. Die Regierung werde den
Wenden in jeder Weise Entgegenkommen bewiesen,
müsse sich aber entschieden dagegen verwahren, daß
eine Vergewaltigung der übergroßen deutschen Mehr-
heit in der Lausitz durch eine wendische Minderheit
stattfinde. Der Minister ging darauf auf das Ver-
hältnis zum tschecho-slowakischen Staat ein und meinte,
die Gerüchte von feindlichen Absichten der Tschecho-
Slowaken entsprächen nicht den Tatsachen. Dennoch er-
scheine es unerlässlich, daß Deutschland die Grenz-
formationen zur Verteidigung vorantreibe.

Wachsende Erregung im Osten.

Ein Berliner Blatt verbreitet eine Meldung aus
Bern, nach der Westpreußen mit Danzig, die
Provinz Posen und Oberschlesien von der Entente
den Polen zugesprochen sein soll. Die ganze
Nachricht hat als Quelle einen Funkpruch der Fun-
kenstation Lyon. Sie ist zurückzuführen auf die Tätig-
keit des polnischen Nationalkomitees in Paris.

Wie der freien Vereinigung zum Schutze Ober-
schlesiens von Berliner zuständiger polnischer
Stelle mitgeteilt wird, soll von der ganzen Nachricht
auch nicht ein Wort wahr sein. Eine Entscheidung
über die deutschen Forderungen könne nur in Gegenwart
des Präsidenten Wilson erfolgen, der aber in Paris
noch nicht eingetroffen ist.

In Verbindung mit dieser Nachricht steht wohl
die große

Erregung in Danzig.

In der Angelegenheit der Landung polni-
scher Truppen in Danzig trifft bereits in den
nächsten Tagen in Danzig eine polnisch-französische
Kommission aus Warschau ein, um die Vorverhand-
lungen zu führen und die Danziger Hafen- und
Transportverhältnisse zu studieren.

Gleichzeitig ging an den Reichsminister Herrn
Erzberger folgendes Schreiben:

Die unterzeichneten Danziger Abgeordneten er-
suchen die Reichsregierung, sofort alle Schritte zu tun,
um die drohende Poleninvasion (Landung polnischer
Truppen Besetzung der Stadt und Bahnlinie Danzig-
Thor) von Danzig abzuwenden.

Ausland.

Der Eroberungswahn hat die Völker erschüttert.

Die italienische Delegation hat der Friedens-
konferenz ein Memorandum eingereicht, worin die
italienischen territorialen Forderungen auf-
genommen sind. Italien beansprucht nicht mehr und
nicht weniger als das ganze Gebiet der oberen
Etsch, das Küstenland Istrien und einen Teil von
Dalmatien und Trentino. Das Memorandum sagt,
daß allein der Besitz der Julischen Alpen die östliche
Pforte von Italien schützen könne, und erklärt, daß
Görz, Triest, Pola, Fiume und eine Anzahl von
Städten und Dörfern an der Küste des Adriatischen
Meeres und dem inneren Land ohne Zweifel italia-
nisch seien. Um aller Gefahr zuvorzukommen, müsse
an Italien ein rechtmäßiger Anteil von Dalmatien
gegeben werden.

Italien.

Wieder mal Landarbeiterstreik. Das alte Kreuz
Italiens, die Landarbeiternunruhen, hat sich wieder
eingestellt: Nach einer Meldung des „Avanti“ ha-
ben sämtliche Landarbeiter der Provinz Navarra we-
gen Scheiterns ihrer Lohnforderungen den General-
streik ausgerufen.

Bolschewismus in den Vereinigten Staaten.

Ancle Sam ist entsetzt, den Bolschewismus
mit rücksichtsloser Energie niederzuwerfen. Nicht
blos der Gesetzgeber beschäktigt sich mit Verboten die-
ser Umsturzpropaganda, sogar gegen rote Fahnen soll
es ein Gesetz geben! — sondern die Polizei packt auf
bloßen Verdacht hin zu. In New York wurde von
der Polizei das East River Building ausgehoben,
wo 198 Männer und zwei Frauen gefangen genommen
wurden. Es wird behauptet, daß die Vereinigung rus-
sischer Landarbeiter in Amerika das Gebäude besetzt
habe. Es wurden dort Schriften in Beschlag genom-
men, darunter einige Bücher in russischer Sprache, die
dazu aufforderten, die amerikanische Regierung zu
stürzen.

Portugals Friedensforderungen.

An einer gelegentlich eines Banketts zu Ehren
der ausländischen Vertreter der Friedenskonferenz ge-
haltenen Rede hat der portugiesische Minister des
Innern die Forderungen Portugals an die Friedens-
konferenz mitgeteilt. Portugal fordert in der Haupt-
sache die Rückerstattung seiner ostafrikanischen Kolo-
nien, die 1892 in den Besitz Deutschlands überge-
gangen sind. Ferner die Wiedergutmachung der sei-
nen Häfen, seinen Kolonien und seiner Handelsmarine
zugefügten Schäden sowie die Bezahlung seiner fäl-
lichen Kriegskosten. Für Portugal sei es unbedingt
notwendig, daß es aus diesem Kriege für seine
Leistungen auch einen Nutzen ziehe.

Konferenz der Staatsoberhäupter der Entente.

Wie Havas meldet, wurde am Donnerstag keine
Sitzung der Friedenskonferenz abgehalten. Nur die
verschiedenen Ausschüsse setzten ihre Arbeiten fort.
Ihre Schlussfolgerungen werden bis Ende dieser Woche
vorliegen. Präsident Wilson sollte Freitag mittag
in Paris eintreffen. Anstatt der Sitzung des Beherr-
schers, die für Donnerstag nachmittag anberaumt war,
wird voraussichtlich eine Versammlung der vier Re-
gierungsoberhäupter, Clemenceau, Wilson, Lloyd Ge-
orge und Orlando, stattfinden, aller Wahrscheinlich-
keit nach im Hotel Grillon.

Rußland.

Lenin gegen Trozki. Aus ruthenischer Quelle
wird berichtet, im russischen Beamtentum hätte Pro-
tektion und Korruption auch unter dem Jarmismus
nie so geblüht wie unter dem Bolschewismus. Wis-
schen Lenin und dem überradikalen Trozki-Bornstein
seien jetzt gar auf Eingriffe des letzteren Gegenstände
ausgebrochen. Lenin solle längst fürs Nachgeben an
die Praxis sein, und er soll schon wiederholt die
Absicht bekundet haben, die verfehlte Herrschaft des
Kommunismus an die Konstituante oder an die wei-
ter rechtsstehenden Parteien abzugeben. „Ich bin es
müde, das Schreckgespenst der ganzen Welt
zu sein.“ Aber Trozki will durchhalten bis zum
„Endsieg“, bis zur Revolutionierung der ganzen Welt.

Kirche und Schule.

* Vier Millionen Stimmen für Erhaltung der christ-
lichen Grundlagen des Schulwesens. Die Unterschriften-
sammlung für Erhaltung der christlichen Grundlagen des
Schulwesens gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Schon
jetzt bezeichnen sich die im Bereich der preussischen Landes-
kirche gesammelten Unterschriften auf über 2 Millionen, in
den anderen Landeskirchen, soweit dort ähnliche Kund-
gebungen eingeleitet sind, auf annähernd 2 Millionen, so
daß bisher rund 4 Millionen evang. Deutscher ihr moralis-
ches Gewicht für Beibehaltung des Religionsunterrichts an
den öffentlichen Schulen in die Waagschale gelegt haben.
In manchen Gemeinden haben sämtliche stimmberechtigten
Einwohner die Petition unterzeichnet. Fortgesetzt wird da-
bei die Beobachtung gemacht, daß auch weite sozialdemo-
kratische Kreise sich daran beteiligten.

* 25 Jahre Evangelischer Diakonieverein. Der Evan-
gelische Diakonieverein in Berlin-Zehlendorf feiert am 11. April d. J. auf sein 25 jähriges
Bestehen zurück. An 7000 gebildete Frauen haben sich
an den einjährigen Kursen in den Diakonieseminaren be-
teiligt und über 2000 von ihnen sich zu einer festorgani-
sierten Schwesternschaft zusammengeschlossen, die sich auf
297 Arbeitsfelder im In- und Ausland betätigt.

* Das vorläufige Ende der Baseler Mission in Indien
ist eine traurige Tatsache geworden. In einer Konferenz,
die am 7. Dezember 1918 unter dem Vorsitz des Bischofs
von Madras im Auftrage des indischen Missionsausschusses,
National Missionary Council, stattfand, ist ihr Missions-

feld in folgender Weise verteilt worden. Die Christen in Malabar, deren Fürsorge niemand übernehmen konnte, bilden eine Freikirche, die von der Londoner Mission und den schottischen Freikirchen Geldunterstützungen erhalten. Die Arbeit auf den Blauen Bergen und in Kury fällt an die englischen Wesleyaner. Nord-Kanara übernimmt die von Eingeborenen geleitete Südbindische Mission. Für Süd-Kanara und Süd-Mahratta ist aus den übrig gebliebenen Schweizer Missionen (4 ordinierte, 2 unordinierte Missionare, 1 Arzt, 4 Schwestern) eine „Evangelische Kanarische Mission“ gegründet worden. Diese steht unter Leitung eines aus 14 Mitgliedern (10 Briten, 1 Däne, dem Schweizer Dr. med. P. de Benoit und 2 Indern) bestehenden Komitees, das die Leitung aller deutschen Missionen in Indien übernommen zu haben scheint. Sie rechnet auf Unterstützung des Hilfskomitees in Lausanne, dem der britische Gesandte in Bern vorläufig aber nur für einen oder zwei Missionare aus der französischen Schweiz Pässe in Aussicht gestellt hat. Verhandlungen mit der Baseler Mission, z. B. auch über ihren Grundbesitz, haben nicht stattgefunden! Die große Baseler Missionsindustrie in Indien, deren Ertragnisse der Mission zuzuführen, soll von der „Gemeinnützigen Handelsgesellschaft“ übernommen werden, die auf Betreiben des Sekretärs des Britischen Missionsausschusses, J. S. Oldham, gegründet ist und bereits das Eigentum der Missionshandlung auf der Goldküste übernommen hat. Die englischen Missionsleute scheinen es für ganz in der Ordnung zu finden, daß die deutschen Missionen von Indien ausgeschlossen werden, und daß ihre große Arbeit von englischen Gesellschaften einfach aufgekauft werden!

„Salbe in Gilead.“

Mit Bezug auf dieses Prophetenwort in Jer. 8, 21—23 und auf Luc. 18, 27 hat sich gemäß Aufz. in Nr. 52 dieses Blattes ein „Gebetsbund“ gebildet, dessen Mitglieder sich persönlich zu täglicher Fürbitte für die Not, besonders die geistliche, sittliche und religiöse Not unseres Volkes verpflichten. Es sind bisher nur zuhimmende Zukristen eingegangen, die sich freudig zur Mitarbeit bereit erklären. Für die bisherigen und die zukünftigen Mitglieder sei bemerkt, daß keinerlei konfessionelle Schranken gezogen werden, auch keine sonstigen Verpflichtungen bestehen. Auf Wunsch soll auch besonders der Leidtragenden wegen der im Kriege „Gefallenen“ gedacht werden, ebenso der Kriegs- und Zivilgefangenen, Internierten und unfreiwillig vom Vaterlande Ferngehaltenen. Die gegenwärtige Not wird ohne Zweifel von allen Christen in Fürbitte genommen, doch ist eine besondere Verheißung für bestimmte Gebetsvereinbarung Matth. 18, 19, 20 uns auch dazu gegeben, sie als Recht und Pflicht in besonderen Nöten anzusehen. Treten wir in den Riß für unser Volk! S. B.

Verschiedenes.

— **Postverkehr.** Der Postverkehr mit der Tschechoslowakischen Republik ist in früherem Umfang wieder zugelassen, außer Postanweisungen.

— **Pakete mit Schulbüchern** sind aus dem unbesetzten Deutschland außer nach amerikanischer auch nach der belgischen und englischen Besatzungszone zulässig, sie müssen nach englischer Zone farbige Zettel mit dem Ausdruck „Bücher“, nach belgischer Zone einen ringsum laufenden roten Streifen mit gleichem Ausdruck tragen.

— **Wider das Vordrängen.** Eine von der Münchener Polizeidirektion einberufene Versammlung erster medizinischer Autoritäten sprach sich einstimmig gegen die Errichtung von öffentlichen Freudenhäusern, die nur schädlich wirken könnten, aus. Ihre Errichtung in München wurde einstimmig abgelehnt.

— **Christlich-sozialer Arbeiterverband.** Die christlich-sozialen Arbeiter in der Schweiz schlossen sich zu einem Verbande zusammen, der für die Durchführung von Reformen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, vor allem für den Ausbau des sozialen Versicherungswesens, eintreten will.

— **Wie sieht der sozialistische Zukunftsstaat aus?** Darüber schrieb die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in ihrer Nr. 186 im 1907:

„Wir können uns keine Gesellschaftsordnung vorstellen, in welcher die volle und freie Entwicklung der Persönlichkeit so gewährleistet wäre, wie in der sozialistischen, wo jeder selbst bestimmt, was und wieviel er arbeiten, was und wieviel er genießen will.“

Der Sozialdemokrat Lauffötter schrieb dagegen in Heft 21 der „Sozialistischen Monatshefte“ von 1908:

„Auch im Zukunftsstaat wird mit Wasser getocht werden, und auch dort werden die Menschen keine Engel sein, sondern Menschen mit menschlichen Schwächen und Mängeln. Überhaupt wird der Zukunftsstaat in Wirklichkeit ganz anders aussehen, als der Utopist ihn ausmalt. Die Menschen werden auch dort intensiv arbeiten müssen, um ihre gesteigerten Bedürfnisse zu decken; es wird auch dort einen Zwang zur Arbeit geben und eine Kontrolle über die Leistungen.“

Zwei diametral gegenüberstehende Meinungen. Wir glauben, daß Lauffötter recht hat, daß nach dem Kriegsausgang seine Meinung noch optimistisch anmuten muß. Aber die Masse will nur an das glauben, was die „Rheinische Zeitung“ einst sagte. Daher die Enttäuschung.

— **Christliche Gewerkschaftler in der deutschen Nationalversammlung.** In die deutsche Nationalversammlung sind, soweit bis jetzt übersehbar, 31 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gewählt worden: Andre, Stuttgart; Beder, Berlin; Beder, Köln; Jrl. Behm, Berlin; Behrens, Bielefeld; Blant, Hildesheim; Ehrhard, Rattowitz; Erising, Karlsruhe; Giesberts, Berlin; Gilling, Bochum; Grunau, Breslau; Hagemann, Osnabrück; Imbusch, Essen; Joos, M. Gladbach; Knollmann, Posen; Koch, Elberfeld; Kreuz, Essen; Ollmert, Saarbrücken; Pled, Saarbrücken; Schiffer, Düsseldorf; Schirmer, Pasing bei München; Siegemund, Köln; Jrl. Teusch, Köln; Tremmel, Alschaffenburg; Wallbaum, Berlin; Wieber, Duisburg; Winnefeld, Amsberg; Jrl. Zettler, München. Bei den Gewählten sind Mitglieder aller bürgerlichen Parteien vertreten.

— **„Kaffee gibt's im Ueberfluß.“** Brasilien weiß nicht, wohin damit. Es hat früher ungeheure Mengen nach Deutschland verkauft und zum Danke für das viele deutsche Gold, wovon halb Brasilien lebte, ohne jeden Grund an dem Kriege gegen Deutschland teilgenommen. Allerdings war der Kaffeeverbrauch in Deutschland schon vor dem Kriege seit dem Jahre 1909 fast regelmäßig von Jahr zu Jahr gestiegen, und zwar zugunsten des Kaffees, während sich der Tee ungefähr in gleicher Beliebtheit erhalten hatte. Seit Beginn des Krieges hat Deutschland fast nur von den Vorräten der Einfuhr zehren und schließlich den Genuß von Bohnenkaffee so gut wie ganz entbehren müssen. Aber auch der Weltverbrauch des Kaffees hat während des Krieges ganz erheblich abgenommen. 1914/15 noch 21,6 Millionen Sack, betrug er 1918 nur noch 14 Millionen Sack, was einer Abnahme um ein volles Drittel gleichkommt. Da aber Brasilien im vorigen Jahre allein 18 Millionen Sack geerntet hat, außerdem Zentralamerika etwa 3½ und andere Länder noch 1½ Millionen Sack geliefert haben, so stehen nunmehr 23 Millionen Sack zur Verfügung, volle 9 Millionen mehr, als der Weltverbrauch im letzten Jahre betragen hat. Dazu kommt, daß der Kaffeeanbau in Brasilien noch in immer weiterer Ausdehnung begriffen ist, ohne daß die alten Pflanzungen bereits erschöpft sind.

Wir in Deutschland haben seit dem Kriege größeres Interesse, den türkischen Kaffee zu nehmen, soweit wir uns des Genußes dieses unzweifelhaft nicht gesundheitsförderlichen Getränkes im Kriege nicht entwinden haben.

— **„Berlin, 14. März.“** Die Berliner Börse laßt die Spekulation wieder. Die allmähliche Wiederkehr der Beruhigung betrifft der inneren Lage, sowie die besseren Meldungen aus dem ober-schlesischen Montanrevier wirkt am Freitag weiter befestigend auf die Stimmung ein. Hierzu trug auch die Geldflüssigkeit bei, die fortgesetzt die Nachfrage für Effekten begünstigt. Das Spekulationslustige Kleinpublikum mag sein Geld daher nur bringen, es ist Zeit.

— **„Berlin, 14. März.“** (Warenpreise.) Internat. Klee, 176—196, Timoty 156—176, Rotklee, Weißklee, Wundklee Schwedenklee 365—400, Gelbklee 180—200, Weizenmehl, Mehrgut, Anauklee 176—196, Heidekraut 2,75—3, Fiegestroh 4,75—5,25, Preßstroh 4,75, Majajenenstroh 4—4,25.

— **„Ein Völkerverbund in der Luft.“** Professor Hansen und andere führende norwegische Persönlichkeiten sind in London anwesend, um dort mit den britischen maßgebenden Stellen wegen der Einrichtung eines fliegenden Luftverkehrs zwischen Norwegen und Großbritannien zu verhandeln. Ein endgültiges Ergebnis wird schon in den nächsten Tagen erwartet. Hansen wird sich von da im Flugzeug nach Paris begeben, um dort mit den führenden Männern Gedanken über den Völkerverbund auszutauschen und möglicherweise auch Norwegens Stellung dazu festzulegen. N. N.

Letzte Nachrichten.

Die Friedensvorbereitungen.

Berlin, 14. März. Der Korrespondent der „Associated Press“ in Paris erzählt laut „Totalanzeiger“, daß die finanzielle Blockade der Verbündeten gegen Deutschland bei den jetzigen Brüsseler Verhandlungen aufgehoben werde. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit für Deutschland, im neutralen Ausland Geld zu leihen, besonders in den skandinavischen Ländern.

Wien, 14. März. Wie heute mitgeteilt wurde, hat der Pariser Wirtschaftsrat beschlossen, daß Deutsch-Osterreich seitens Englands, Frankreichs und Italiens bis 30 Millionen Dollars Kredit für Lebensmittelbezüge gewährt werden wird. Als Sicherheiten werden unter anderem Salinenscheine und Obligationen der Stadt Wien verlangt. Ferner kann Deutsch-Osterreich über diesen Kredit hinaus 300 000 Tonnen Getreide aus Argentinien einführen.

Handelskredite statt Staatskredite.

Amsterdam, 14. März. Reuter meldet aus Paris: Auf einem Festessen sagte der französische Minister Coucheur, daß nach seiner Meinung ein neues Finanzsystem für Europa notwendig sei. Statt der Staatskredite wolle er Handelskredite einführen, wobei der jetzige Termin von 90 Tagen durch einen Kredit von 1½ bis 2 Jahren zu ersetzen sei.

Wilson in Brest eingetroffen.

Amsterdam, 14. März. Wilson ist gestern in Brest angekommen.

Oberbürgermeister Reinert Präsident der Landesversammlung.

Berlin, 14. März. In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurden durch Zuzug gewählt: zum Präsidenten Abgeordneter Reinert (Soz.), zum 1. Vizepräsidenten Abgeordneter Dr. Forst (Zentr.) und zum 2. Vizepräsidenten Abgeordneter Dr. Jüngel (Dem.).

Kampf zwischen Japanern und Bolschewisten.

Amsterdam, 14. März. Reuter meldet aus Paris: Aus Tokio wird gemeldet: Infolge der Vernichtung einer japanischen Fregate im Amurgebiet griffen japanische Streitkräfte die Bolschewisten an, die nach einem heftigen Gefecht den Rückzug antraten. Sie verloren 320 Mann, die Japaner 120 Mann.

Polen der bevorzugte Schilling des Verbandes.

Amsterdam, 14. März. Reuter meldet aus London: Auf eine Anfrage im Unterhause teilte Lord Curzon mit, daß die Wiedergeburt Polens eines der Hauptziele der Verbündeten sei. Polen habe endlich eine auf verfassungsmäßiger Grundlage beruhende Regierung erhalten und demzufolge hätten die Verbündeten Polen als unabhängigen souveränen Staat anerkannt. Polen habe unter den Folgen einer harten, grausamen Mißwirtschaft, die jahrelang dauerte, gelitten; es habe großen Mangel an Kleidungsstoffen, Lebensmitteln und Rohstoffen und an Munition für sein Heer. Eine der ersten Maßnahmen, welche die neue Regierung ergreife, war die Mobilisierung der gesamten männlichen Bevölkerung, und es sei die Pflicht der Verbündeten, den Polen die nötigen Mittel zur Fortsetzung des Krieges (?) zur Verfügung zu stellen. Man dürfe Polen in der Lebensmittelfrage nicht selbst oder privater Wohltätigkeit überlassen. Die erste Flotte mit Lebensmitteln sei bereits nach Danzig abgegangen. Die Verbündeten müßten dafür sorgen, daß ein starkes, geschlossenes, dauerndes polnisches Reich ohne starke fremde Minderheiten innerhalb seiner Grenzen zustandekomme, wenn Polen seine Forderungen in angemessenen Grenzen halte und nicht versuche, außenstehende fremde Volksteile aufzunehmen, so dürfte man wohl behaupten, daß dieses früher so ruhmreiche und glückliche Land einer neuen Periode der Blüte und des Wohlstandes entgegengehe.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bethel.
Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Hermann 11, Amt Bielefeld

Mit wenig Zutaten ein schmackhaftes Essen zu bereiten ist eine Kunst. — Du besitzt sie, wenn Du dir merkst, daß an erster Stelle unter den Zutaten „Plantox“ stehen muß.

Plantox ersetzt Fleischextrakt und ist von der Ersatzmittelstelle Hamburg am 13.5.18 genehmigt.
Paraguay-Fleischextrakt-Gesellschaft m. b. H.
Hamburg

Erstehen erscheint:

Ewigkeitsswerte

von G. Nagel, 1. Aufl. M. 2.50.

Daraus in Einzelheiten zu je 35 Pf.: Bibl. s. Christenkenntnis. Was uns Christus heute in Christi W. überliefert in Bra- und Herrlichkeit. Die Herrlichkeit der Christenheit. Nagel führt durch Wort und Schrift in das Zentrum der Christenheit. Die großen Zusammenhänge der christlichen Wahrheit treten durch sein Zeugnis ins Licht. Für den Ernst der Zeit brauchen wir nicht nur Licht, sondern gesundes Brot und starke Speise. Wer sie sucht, sei auf diese Neuauflage hingewiesen.

Verlag der Evangel. Buchhandlung von P. Ott, Gotha.

Schuhe.

Gaushuhe, ohne Bezugsschein, dauerhafte Verarbeitung, mit echter Lederpige, pro Paar 8.00 M. freie Zusendung. Lieferung nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags. Um genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer wird gebeten. Sehr viele Nachbestellungen.

Garantie für gute Anzucht. Versand gestattet.

Schuhwaren-Fabrik Mimbach
(Rheinpfalz).

Sämereien

aller Art für Garten und Feld

In größeren u. kleineren Mengen bieten wir für die bevorstehende Saatzeit an. Preisliste versenden wir gern auf Wunsch.

Samentandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld.

Gesangbücher

Bielefelder und Gütersloher Ausgabe, in einfachen und feinen Einbänden, auch in echt Leder mit Goldschnitt, empfiehlt die Buchhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld. Wiedervertäufte erhalten Rabatt.